

**Beiträge ÖkoLinX-ARL
in der Fraktion
»ÖkoLinX-ELF im Römer«**

Wortprotokoll

über die

44. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 6. November 2025

(16:00 Uhr bis 00:12 Uhr)

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 3544	54
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, fraktionslos:	54
4. Verabschiedung der Tagesordnung II	55
5. Einbringung des Etats 2026 durch den Stadtkämmerer Dr. Bastian Bergerhoff.....	55
Stadtkämmerer Dr. Bastian Bergerhoff:.....	56
6. Erste Stellungnahmen der Fraktionen und fraktionslosen Stadtverordneten	65
Stadtverordnete Martina Düwel, GRÜNE:	65
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	67
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	69
Stadtverordneter Michael Müller, Linke:	71
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	74
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	75
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	77
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt:	79
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:	81
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, fraktionslos:	84
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:	84
7. Entwurf Haushalt 2026 mit Finanzplanung und eingearbeitetem Investitionsprogramm 2025-2029	85
hier: Überweisung an die Ausschüsse	
Vortrag des Magistrats vom 31.10.2025, M 158	
8. 1. Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen 2. Frankfurt auf dem Weg zu einer barrierefreien Stadt.....	86
Bericht des Magistrats vom 27.06.2025, B 233	
Stadtverordnete Sylvia Momsen, GRÜNE:.....	86
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU:	88
Stadtverordnete Almuth Meyer, SPD:.....	89
Stadtverordnete Monika Christann, Linke:.....	91
Bürgermeisterin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:	92
9. Transparente Kennzeichnung von Baustellen im öffentlichen Raum	95
Antrag der CDU vom 27.08.2025, NR 1348	
Stadtverordneter Frank Nagel, CDU:.....	96
Stadtverordnete Julia Eberz, GRÜNE:	97
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:.....	98
Stadtverordneter Sebastian Papke, FDP:.....	100
Stadtrat Wolfgang Siefert:	100

Entscheidungen mit zu wenig Bedacht auf die Folgekosten neuer Maßnahmen. Frankfurt darf sich mit Großprojekten nicht übernehmen - nicht nur mit Blick auf die hohen Investitions- und Folgekosten, sondern auch personell. Zu oft bekommen wir die Rückmeldung vom Magistrat, dass an anderer Stelle für wirksame und schnell umsetzbare Maßnahmen die Personalressourcen nicht ausreichen. Wie immer müssen wir uns beim Haushalt die Frage der Prioritätensetzung stellen. Da bin ich der Meinung, dass wir zu oft nicht genug Mittel für die Pflichtleistungen dieser Stadt zur Verfügung gestellt haben.

Das Ergebnis unserer Haushaltspolitik der letzten Jahre kann sich dennoch in den zentralen Kennzahlen sehen lassen: In den vergangenen vier Jahren gab es jedes Jahr deutliche Haushaltsüberschüsse, die Gewerbesteuer ist stetig auf Rekordniveau angestiegen, die städtischen Rücklagen sind auf über eine Milliarde Euro angewachsen und gleichzeitig wurde auf hohem Niveau in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung, Kultur oder Mobilität investiert. Darauf können wir jetzt aufbauen. Es geht darum, aus einem Koalitionshaushalt einen Frankfurt-Haushalt zu machen sowie eine Entscheidung darüber zu treffen, ob wir als Stadt handlungsfähig bleiben wollen. Alle demokratischen Fraktionen sind eingeladen, verantwortungsvoll mitzuwirken. Dafür ist der parlamentarische Prozess letztlich auch da und es ist auch eine Chance für die Opposition, wenn jetzt nicht - wie das vielleicht in den vergangenen Jahren der Fall war - von vornherein klar ist, dass die eigenen Etatanträge alle abgelehnt werden und in der Mülltonne landen. Jetzt besteht für alle die Chance, nicht nur kritisieren zu dürfen, sondern auch etwas verändern zu können.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Die nächste Rednerin ist Frau Jutta Ditfurth von ÖkoLinX-ELF. Bitte!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:

Noch mal schönen guten Abend!

Es gibt ja zwei Klassen hier im Raum: diejenigen, die sich monatelang - wenn nicht jahrelang - mit diesem Haushalt, der heute eingebracht wird, beschäftigt haben, und die anderen, die sich erst damit beschäftigen müssen. Das macht einen großen Unterschied. Die Reden dazu sind ziemlich interessant. Ich habe heute begriffen, dass Herrn Bergerhoffs Schlafliedstimme einen strategischen Charakter hat, nämlich den, die Leute zum Nichtaufpassen zu bringen. Ich bin müde und deswegen hätte es fast geklappt. Dann kam Ursula Busch und bedauerte den sozialen Absturz vieler Menschen, ohne die Verantwortung zu übernehmen für Agenda 2010, Hartz IV, Enthemmung der Leiharbeit und all die anderen Schweinereien, die ihre Partei in der Bundesregierung gemacht hat. Also da wurden das Prekariat und die Armut hergestellt, die heute unter anderem ein Element der Faschisierung in diesem Land sind. Das darf man nicht übersehen. So viel Geschichtsvergessenheit lasse ich nicht zu.

(Beifall)

Die Linkspartei kritisiert und ich bin sehr gespannt, ob ihr Linken am Ende zustimmt oder nicht. Ich bin sehr gespannt. Also ich glaube, ihr werdet zustimmen, um euch die Verhandlungen über eine künftige Koalitionsbeteiligung nicht zu versauen. Aber wir werden sehen. Lustig war ja auch Herr Pürsün, der von Wachstum und von Wirtschaft redet und davon gar nichts versteht. Ich darf nur darauf hinweisen, weil er uns ja so angepöbelt hat, dass Öko-LinX-ELF in den letzten fünf Jahren hier im Römer um 100 Prozent zugelegt hat, während Herr Pürsün es geschafft hat, seine Fraktion um 30 Prozent zu dezimieren. Also redet mir nicht von Wachstum!

(Zurufe)

Wir investieren in die Zukunft, sagt der Kämmerer im Haupt- und Finanzausschuss. Aber die Frage ist doch, was für eine Zukunft? Eine solche mit maximalem Profit für die einen und unfreien, elenden Lebensverhältnissen für die anderen? Verarmt, an den Rand

gedrückt, zu Tode gearbeitet? Für die? Ich habe ihm vorgeschlagen, seinen hohlen Werbespruch auf die üblichen grünen Großplakate drucken zu lassen: „Wir investieren in die Zukunft.“ Was heißt das? Das ist nichts, das ist eine Hohlformel. In wessen Zukunft? In wessen Interesse? Welche Maßnahmen? Ausgeführt in welcher Qualität? Mit welcher strategischen Ausrichtung? Menschen in Frankfurt sind glücklich, wenn sie gesund leben, bezahlbar wohnen, ein gesichertes Einkommen haben, anderen frei begegnen, miteinander feiern und arbeiten können, ohne diskriminiert, ausgegrenzt oder ausgebeutet zu werden. Frankfurt soll eine Stadt werden, in der alle Menschen ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse in einer nicht krank machenden Umwelt entfalten können. Das bleibt unser Maßstab zur Betrachtung dieses Haushaltes. Ob es wenigstens in diese Richtung geht, das werden wir sehen. Ich habe da meine Skepsis. Und was geschieht langfristig? Was ist das Ziel dieses Haushaltes? Es ist jedenfalls unser Maßstab, um diesen Haushalt zu überprüfen.

Wir kämpfen seit Jahrzehnten für menschenfreundliche ökologische Lebensbedingungen, auch in dieser Stadt. Die Folgen der Klimakatastrophe werden auch in Frankfurt immer spürbarer. Jeder Sommer ist heißer als der vorangegangene, das heißt immer mehr Menschen sterben an den Folgen der Klimakatastrophe in diesem privilegierten Teil der Welt. Das wird mehr werden und ich sehe keine Maßnahmen. Anfang November 1977, vor 48 Jahren, haben einige von uns - Manfred Zieran und ich waren dabei - mit ein paar Jusos und anderen Leuten vom Sozialistischen Büro den ersten sozialistischen Umweltkongress in Frankfurt veranstaltet. Vor fast 50 Jahren, in der FH! Neben Vorträgen und Workshops über erneuerbare ökologische Alternativen wurden zum Beispiel Modelle von Windkonvertern gebaut, für die uns dann auf Veranstaltungen die Kraftwerk Union und Siemens herzlich auslachten. Wir entdeckten damals, dass diese Technik schon in den Fünfzigerjahren entdeckt und entwickelt und zerstört worden ist. Heute betont man, wie beklagenswert das ist. Nicht nur Dänemark und Kalifornien, auch China zieht an uns vorbei.

Ja, das hätte alles anders kommen können, wenn es nicht solche bornierten Herren mitt-

leren Alters in grauen Anzügen gäbe, die glauben, von ihrer Leistung hinge die Zukunft ab. Nein, manchmal von ihrer Nichtleistung. An dieser regressiven Borniertheit des deutschen Kapitals und der ökologischen Unwissenheit und Ignoranz von CDU, SPD und FDP scheitert heute die deutsche Wirtschaft. Die erregen sich lieber über Gendersternenchen, anstatt sich für eine rationale ökologische Energieversorgung einzusetzen. Die ganze Kraft geht in so einen Scheißdreck. Das Klima gefährdet Menschen und macht das Leben in der Stadt schwer erträglich. Als ob endlos Zeit wäre, geht Frankfurt von einer fossilen Energie zur nächsten, von Kohle zu Gas, und ignoriert die erneuerbaren in der Umsetzung weitgehend. Die Mainova spielt dabei eine gewichtige Rolle: Anstatt auf Solar- oder Windkraftenergie setzt sie weiter auf Gaskraftwerke. Wir wollen, dass die Mainova vollständig kommunalisiert wird und sofort auf erneuerbare Energien setzt.

Mit der Vorherrschaft des Autoverkehrs über öffentliche Räume muss Schluss sein. Fußgänger:innen, behinderte Menschen, spielende Kinder, Radfahrer:innen brauchen mehr Luft und Raum. Stellen Sie sich einmal vor, alle Straßen und Plätze werden tiefe Abgründe. Stellen Sie sich die Stadt so vor. Stellen Sie sich mal an irgendeine Kreuzung und stellen Sie sich das vor. Wie viel Platz kriegen die verdammten Autos anstatt der Menschen, die ihn wirklich brauchen, um nur zu flanieren in der Stadt, in der sie leben? Bewegungsfreiheit ist auch eine Freiheit. Öko-LinX-ELF will dem Autoverkehr viel Platz wegnehmen.

Jetzt erwarte ich Schreie und Kreischlaute von der FDP. Kommt nix. Ihr seid ja auch nur noch fünf.

Die Einfallstraßen sind zu verengen, versiegelte Parkplätze zu öffnen.

(Zurufe)

Wir drängen die Pendler:innen aus dem Umland in den verbesserten ÖPNV. Die Innenstadt muss autofrei werden. Sie soll offen bleiben für Anwohner:innen, Not- und Lieferdienste, ÖPNV und Taxis. Wir brauchen ein intelligentes, ökologisches, soziales ÖPNV-System und nicht immer mehr Bahnen, die ausfallen. Wir brauchen endlich ein

die ganze Stadt verbindendes Netz breiter und sicherer Fahrwege, nicht nur ein paar in der Innenstadt oder da, wo man es ganz doll sieht, sondern überall und dauerhaft, nicht nur als Pilotprojekt. Kinder und nicht so fitte und alte Menschen sollten hier endlich überall sicher und frei, in ihrem Tempo und ohne Hindernisse fahren können; auch das ist Freiheit. In Frankfurt sind weit mehr als 50 Prozent aller Flächen versiegelt. Die Stadt schneidet damit im bundesweiten Vergleich sehr schlecht ab. Wir wollen alle Grünzüge und Parks in Frankfurt erhalten und ausbauen und die vollständige Entsiegelung der Grünen Lunge an der Friedberger Landstraße. Wir wollen im Nordwesten Frankfurts die Ackerflächen mit wertvollen Lössböden erhalten sowie die Gärten in Oberrad. Die Bodenversiegelung in Frankfurt soll drastisch gesenkt werden. Das Ziel der Bundesregierung, diese Netto-Null-Versiegelung bis 2050, ist natürlich Quatsch. Da sind wir eher bei der Deutschen Umwelthilfe, die ein Ende der Versiegelung bis 2035 fordert.

Menschen sollen an Arbeitsplätzen arbeiten, die sie weder psychisch noch physisch erschöpfen. Das ist nie ein Thema hier - Arbeitsgesundheit. Ich kann mich nicht erinnern. Wir kämpfen gegen Armut und Verelendung so vieler Menschen durch die menschenunwürdige Grundsicherung und gegen die Entrechtung und Stigmatisierung von kranken, arbeitslosen und wohnungslosen Menschen. Alle sollen, unabhängig von ihrer Nützlichkeit für den Arbeitsmarkt, ein erfülltes Leben führen können. Wir wollen nicht, dass Geflüchtete, Wanderarbeiter:innen sowie Sinti und Roma unsichtbar gemacht und an den Rand der Stadtgesellschaft geschoben werden. All das muss und kann sich im Haushalt widerspiegeln. Der alltägliche und strukturelle Rassismus in Frankfurt beim diskriminierenden Umgang mit Schwarzen und Persons of Color, bei der Job- und Wohnungssuche oder in der Behandlung von Antragstellenden in der Ausländerbehörde muss ein Ende haben. Um Racial Profiling zu stoppen, muss das von der alten Römerkoalition mehrmals versprochene Quittungssystem eingeführt werden. Das gibt es bis heute nicht, in keiner Variante. Außerdem fordern wir eine lückenlose und transparente Aufklärung aller neuen und alten rechtsextremen Netzwerke innerhalb der Polizei. Das gehört

auch zum Stadtbild und zum Sicherheitsgefühl.

(Beifall)

Ich kenne genug Leute, schwarze Menschen und Menschen mit dunklerer Hautfarbe, die, wenn ihnen was in der Innenstadt passiert, nicht zum 1. Polizeirevier gehen, um es anzuzeigen, sondern eher gar nicht. Das ist nicht neu, sondern das ist jahrzehntealt. So alt ist das Problem. Wir stehen solidarisch und verlässlich an der Seite von Menschen, die von Rassismus betroffen sind. Einige von uns betrifft es selbst. Die Stadt muss sich der Zerstörung des Asylrechts widersetzen. Wer Hilfe benötigt, soll sie bekommen. Ein bisschen was davon ist verwirklicht worden mit dem verbesserten Vorschlag zum Suchthilfezentrum, dass es eben nicht nur für Menschen aus Frankfurt gilt. Das war eine gute Entscheidung. Abschiebungen sind inhuman und bleiben es. Nicht nur die Menschen gehen kaputt, die abgeschoben werden, sondern auch die, die so etwas zulassen und ohne Widerspruch beobachten. Dies verroht eine Gesellschaft. Antisemitismus findet sich in Frankfurt rechts, in der politischen Mitte und leider auch links, da wo die Entwertung des Menschen eigentlich keinen Platz haben sollte. Seit dem 7. Oktober werden Straßen und Plätze in Frankfurt regelmäßig und anschwelend mit Antisemitismus geflutet.

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Ihre Redezeit läuft ab.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ELF:**
(fortfahrend)

Welchen Niederschlag finden Aufklärung und Gegenwehr im Haushalt?

Das tut mir leid, ich bin noch nicht am Ende, dann melde ich mich einfach noch mal.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Der nächste Redner ist Herr Yilmaz. Bitte!

Stadtverordneter Eyup Yilmaz, fraktionslos:

Frau Vorsitzende,
meine Damen und Herren!

Wer diesen Haushalt liest, merkt schnell, hier wird nicht für die Menschen in dieser Stadt geplant, sondern für Prestige, PR und Profit. Frankfurt ist reich, eine sehr reiche Stadt. Aber der Reichtum verteilt sich so ungerecht wie noch nie zuvor. Die Mieten machen Menschen tatsächlich arm in dieser Stadt. Die Stadt investiert lieber in Prestigeprojekte als in Lebensqualität. Millionen fließen in die Multifunktionshalle und andere große Projekte. Aber wenn es um Sozialwohnungen, Schulen, Kitas und Sanierung von eigenen, leer stehenden Wohnungen geht, heißt es, es ist kein Geld da. Das ist keine Notwendigkeit, das ist eine Entscheidung, eine falsche und unsoziale Entscheidung.

Seit Jahren hören wir vom Magistrat, dass er den sozialen Wohnungsbau fördert. In Wahrheit sinkt die Zahl der Sozialwohnungen dramatisch weiter. Eben hat der Kämmerer gesagt, dass die Wohnungssituation gut aussieht. Ich glaube, der Kämmerer sieht nur die grüne Klientel, andere Stadtteile oder die Situation in Notunterkünften dagegen nicht. Gerade leben 10.000 Menschen in Notunterkünften. Jährlich werden Hunderte Menschen zwangsgeräumt und es gibt Tausende Stromabschaltungen in dieser Stadt. Aber Investitionen werden lieber in Prestigeprojekte gesteckt. Ich stehe auf der Seite derer, die keine Lobby haben, Mieterinnen, Kinder und Familien, die jeden Monat kämpfen müssen, während die Stadt Millionen verschiebt. Wir wollen Frankfurt für alle, nicht für wenige.

Danke!

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Bitte schön, Frau Ditfurth von ÖkoLinX-ELF!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:

Einer von der SPD sagt, ich solle die FDP noch einmal ärgern. Vielleicht macht ihr das noch einmal selbst? Ich finde, das ist es nicht wert. Jetzt kriegt ihr auch noch eine ab.

Wir haben die Verlogenheit der etablierten Parteien CDU, GRÜNE, SPD und FDP in Sachen Wohnungsbau und Mieten satt. Im Wahlkampf versprechen sie immer wieder bezahlbare Wohnungen. Aber es sind dieselben Parteien, die in Frankfurt in unterschiedlichen Kombinationen regiert und seit 1990 über 50.000 Sozialwohnungen beseitigt haben. Noch immer fallen heute mehr Wohnungen aus der Sozialbindung, als neue gebaut werden - und das bei steigendem Zuwachs der Einwohnerschaft.

Auch die SPD-GRÜNEN-Stadtregerungen haben seit Jahrzehnten, ohne zu zögern, die Umwandlung von preiswerten Mietwohnungen in hochpreisige Wohnungen, Luxus- und Eigentumswohnungen genehmigt und so Menschen aus Frankfurt verdrängt. Eine sozialökologische Stadtplanung muss mit allen Mitteln für ein soziales Wohnungsbauprogramm sorgen. Frankfurt braucht im gesamten Stadtgebiet, auch in der City, Bebauungspläne, die entsprechend restriktiv lenkende Vorgaben enthalten - zum Beispiel mehr flächendeckende Milieuschutzsatzungen sowie Änderungen der Bauleitlinien. Auf freien Bauflächen müssen zuerst Sozialwohnungen entstehen. Die bebaubare städtische Fläche Frankfurts ist begrenzt. Das Interesse des Kapitals an Hochhäusern ist unbegrenzt. Obwohl Frankfurt die Bundeshauptstadt leer stehender Büroflächen ist, fehlt der Stadtverwaltung das Rückgrat, sich gegen diese obszöne Machtdemonstration des Kapitals zu stellen. Neubauprojekte in den letzten grünen Zonen und die Spekulation des Immobilienkapitals treiben die Mieten weiter nach oben. Selbst Menschen mit durchschnittlichen Gehältern können dem Mietendruck kaum noch standhalten. Es muss ein Ende haben, dass die Armen und die Geringverdienenden aus Frankfurt vertrieben werden. Die meisten meiner Nachbarn sind entweder irgendwo nach Offenbach, Maintal oder anderswohin umgezogen. Unser ganzes Viertel hat sich verändert. Man sieht auch an den Autos, dass es eine völlig andere Klientel ist. Das ist

eine persönliche Erfahrung in einem Viertel, in dem ich seit 40 Jahren wohne.

Es muss ein Ende haben, dass die Armen und die Geringverdienenden aus Frankfurt vertrieben werden. Deshalb fordern wir neben dem sozialen Wohnungsbau eine Umnutzung leer stehender Büros zu Wohnflächen. Wem gehört denn die Stadt? Allen soll sie gehören, nicht dem Kapital. CDU, GRÜNE und SPD haben nicht nur mehr als 50.000 Sozialwohnungen vernichtet, sondern seit den Neunzigerjahren massenhaft kommunalen Reichtum wie Grund und Boden privatisiert.

Auch in der Stadtplanung zeigt die Stadtregierung unter Einfluss des Kapitals ihre hässliche Seite. Beim Streit um die Städtischen Bühnen hat die Kapitalhörigkeit sämtliche Bürger:innen, Werkstätten und politischen Diskussionen geschlagen. Am Ende stellt sich dann immer eine Entscheidung heraus, und man weiß manchmal nicht genau, wo die denn jetzt so plötzlich herkommt, nachdem vorher einige, zum Beispiel die GRÜNEN, völlig anders geredet hatten. An die Stelle des Erhalts der Städtischen Bühnen am Willy-Brandt-Platz tritt jetzt ihr Abriss. Die Dopelanlage mit dem denkmalgeschützten Wolkenfoyer wird nun mit Segen von SPD, GRÜNEN, CDU und FDP und auch Volt, glaube ich, zerstört. Ein Neubau auf dem Gelände des neuen Helaba-Turms soll eines der wichtigsten Theater zum Foyer der Bankenhochhaustürme degradieren. Wir wollen aber, dass die Interessen der Bevölkerung in der Stadtplanung Vorrang vor Kapitalinteressen haben. Aber wie wir wissen, reden wir da zum Teil an Leuten vorbei, die an diesen Interessen hängen und diese, na ja, Spielchen selbst betreiben und sich ihre Zustimmung und ihre soziale Anerkennung dort holen. Das halte ich für eine der giftigsten Waffen.

Viel Gutes kommt in Frankfurt aus Hausbesetzungen. Nicht nur die Villen im Westend sind schön anzusehen, aber nur reiche Leute können sie sich leisten. Dass es das Museum Judengasse heute überhaupt gibt, ist Resultat der Besetzung des Börneplatzes, die stattgefunden hat, als wir damals herausfanden, dass bei den Bauarbeiten für die städtischen Gas- und Stromwerke tatsächlich ein großer Teil der alten Judengasse gefunden wurde. Aber ach, es gab später nur Kraft für

die verkitschte Neue Altstadt! Für Sentimentalität und Fälschung ist hier immer Raum. Aber für den Erhalt einer weltweit einzigartigen mittelalterlichen Judengasse und dafür, diese archäologisch aufzuarbeiten, gab es keinen Raum. Aber der Druck hat dazu geführt, dass wenigstens das sehr, sehr kleine Museum Judengasse heute existiert. Also auch das ist, wie die Dondorfsche Druckerei und andere Projekte in der Stadt, illegalen Besetzungen und außerparlamentarischem Widerstand zu verdanken. Das lässt sich bis ins Detail bei vielen Projekten nachweisen.

So, das war es jetzt wirklich. Ich habe jetzt noch ein paar Beleidigungen, die hebe ich mir noch auf.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die Stellungnahmen und schließe den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 7.

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7., Entwurf Haushalt 2026, auf. Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir den Etatentwurf, also den Magistratsvortrag M 158 samt den Anlagen nunmehr den Ausschüssen zur Vorberatung unter Berücksichtigung meiner Liste zur Ausschussüberweisung zuleiten. Wer diesem Verfahren zuzustimmen gedenkt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Gegenstimmen? (Geschieht) Das sind ÖkoLinX-ELF und Stadtverordneter Yilmaz. Gibt es Enthaltungen? (Geschieht) Damit ist mehrheitlich das von mir vorgeschlagene Verfahren beschlossen.

Für die Verabschiedung des Haushalts gelten folgende Termine: Die Informatorische Lesung beginnt in den Ausschüssen am 24. November 2025. Die Ortsbeiräte müssen bis spätestens 19. Dezember 2025 ihre Sitzungen abgeschlossen haben. Stellungnah-